

Pressemitteilung

Potsdam, 23. Januar 2025 / 013

Landtag setzt eine Enquetekommission zum Thema „Lehren aus der Coronapandemie“ ein

Bei Rückfragen wenden
Sie sich bitte an:

Pressestelle des Landtages

Alter Markt 1, 14467 Potsdam

Telefon 0331 966-1035, -1032
Fax 0331 966-1005

pressestelle@landtag.brandenburg.de
www.landtag.brandenburg.de

Der Landtag befasst sich in der laufenden Wahlperiode erneut mit Lehren aus der Covid-19-Pandemie in den Jahren ab 2020. Die Abgeordneten setzten eine Enquetekommission ein, deren Thema „Lehren aus der Coronapandemie zur Analyse und Aufarbeitung staatlicher Maßnahmen sowie zur Stärkung der Krisenresilienz des Landes Brandenburg“ lautet. Sie folgten damit ohne Änderungen und Gegenstimmen bei einigen Enthaltungen einem Antrag der Koalitionsfraktionen von SPD und BSW. Zur Vorsitzenden des Gremiums wurde einstimmig die SPD-Abgeordnete Sina Schönbrunn gewählt, zum stellvertretenden Vorsitzenden bei einigen Gegenstimmen und Enthaltungen der AfD-Abgeordnete Lars Hünich.

In dem beschlossenen Antrag heißt es, die Enquetekommission werde eingesetzt, „um die Erfahrungen der Pandemie im Land Brandenburg aufzuarbeiten, um sie für die Zukunft nutzbar zu machen“. Die Kommission soll insbesondere herausarbeiten, wie das Brandenburger Gesundheitssystem und die gesellschaftlichen Strukturen in Pandemiezeiten krisenfester gestaltet werden können. Zugleich soll sie Empfehlungen erarbeiten, wie auch in Zeiten einer hohen Priorität des Gesundheitsschutzes staatliche Eingriffe in Freiheitsrechte unter dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit so gering wie möglich bleiben können. Im Fokus stehen zudem die Resilienz von Bildungseinrichtungen, die Unterstützung vulnerabler Gruppen und die Analyse wirtschaftlicher und sozialer Folgewirkungen. Außerdem soll eine Prüfung zur Ausarbeitung eines Corona-Amnestiegesetzes stattfinden. Zum Verfahren heißt es im Beschluss: „Auch ausgewählte betroffene Bürgerinnen und Bürger unterschiedlicher Altersgruppen und sozialer Schichten sind anzuhören. Ziel ist es, praxisorientierte Handlungsempfehlungen zu entwickeln, die Brandenburg auf künftige Krisen besser vorbereiten,

den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stärken und die gesellschaftliche Spaltung in der Gesellschaft, die in jener Zeit entstanden ist, weitgehend zu heilen.“

Der Kommission gehören laut Einsetzungsbeschluss neun Landtagsabgeordnete sowie vier Sachverständige an, jeweils einer von jeder Fraktion zu benennen. Mit seiner Arbeit soll das Gremium „die bundespolitische Aufarbeitung sowie die gesellschaftlichen Debatten zu den Folgen der Coronapandemie und den verhängten Maßnahmen flankieren“. Die Mitglieder der Kommission sollen unter anderem Fachleute aus Sozialverbänden, Betroffenenorganisationen, öffentlichen Gesundheitsdiensten und Medizinerverbänden hören und auf wissenschaftliche Studien sowie Erkenntnisse vorangegangener Untersuchungsausschüsse und Kommissionen auch anderer Bundesländer zurückgreifen. Der Landtag gehe davon aus, heißt es im Beschluss, dass die Landesregierung „die Enquetekommission jederzeit unterrichtet und aktiv unterstützt, um unnötigen Mehraufwand und Doppelprüfungen zu vermeiden“.